

FAIR & NACHHALTIG HANDELN CETA & TTIP STOPPEN

LIGA

Lüner Initiative gegen
Globale Armut e.V.

Parkstrasse
44534 Lünen
Telefon: 02306-370477
info@liga-luenen.de
www.liga-luenen.de



Forum für Umwelt und
gerechte Entwicklung e.V.

Widumstr. 14
59065 Hamm
Tel. 02381-41511
fuge@fuge-hamm.de
www.fuge-hamm.org

Hamm/Lünen, Juli 2016

Fair & nachhaltig handeln, CETA & TTIP stoppen

„TTIP ist nicht nötig und gefährlich. Der Nutzen für den Handel wäre nicht groß, der Schaden für die Demokratie aber schon.“

Joseph Stieglitz (Ökonom und Nobelpreisträger)

Die Verhandlungen zu zwei wichtigen Freihandelsabkommen treten in ihre entscheidende Phase:

- Im Herbst soll es zur Unterzeichnung von CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) zwischen der Europäischen Union (EU) und Kanada kommen.
- Noch im laufenden Jahr sollen auch die Verhandlungen zu TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) beendet sein.

Die Lüner Initiative gegen globale Armut, LIGA in Lünen, und das Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung, FUGE in Hamm, lehnen den Abschluss beider Abkommen ab.

Unterstützt wird diese Erklärung durch:

- Attac Lünen/Selm/Werne
- Evangelischer Ausschuss Gesellschaftliche Verantwortung Lünen
- Kirchengemeinde Horstmar-Preußen
- DGB-Kreis Hamm
- DGB-Kreis- Unna
- Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands e.V. - Bezirk Hellweg-Sauerland
- Evangelischen Kirchenkreis Hamm



Wir beurteilen die Abkommen danach, wie sie den Interessen der europäischen Bürgerinnen und Bürger und denen der Menschen in armen Ländern dienen.

Handelsabkommen wie TTIP und CETA greifen tief in das soziale und demokratische Gefüge von Gesellschaften ein. Die Entwicklung der Verhandlungen muss daher transparent gemacht werden und eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit ist sicherzustellen. Tatsächlich aber sind die Verhandlungen seit ihrem Beginn intransparent und finden weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Lange vor den eigentlichen Verhandlungen haben Industrievertreter mit den EU-Beauftragten sich auf Struktur und Inhalt der Abkommen verständigt, das offizielle Verhandlungsmandat war

lange Zeit Verschlussache und auch heute noch sind die Verhandlungsergebnisse selbst den Parlamentariern nur äußerst begrenzt zugänglich und dürfen nicht an die Öffentlichkeit weitergegeben werden. Das Zustandekommen der Abkommen entspricht nicht demokratischen Anforderungen.

In den bisher bekannten Verhandlungsergebnissen sehen wir folgende Gefahren und Risiken:

- **Private Gewinninteressen werden über das Allgemeinwohl gestellt und demokratische Regeln abgebaut.**

Unternehmen sollen Staaten und Kommunen vor privaten Schiedsgerichten verklagen können, wenn eine staatliche Maßnahme wie z.B. zum Schutz der Umwelt ihren Gewinn schmälert. Daran ändern auch die ins Gespräch gebrachten internationalen Gerichtshöfe nichts Grundsätzliches.

- **Für die Schaffung von Sondergerichten wie die privaten Schiedsgerichtshöfe oder auch die vorgeschlagenen öffentlichen Gerichtshöfe gibt es „weder eine Rechtsgrundlage noch eine Notwendigkeit“** (aus der Stellungnahme des Deutschen Richterbundes, dem mit Abstand größten Berufsverband der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten in Deutschland).

Sondergerichte für Investoren beschränken die Rechtssetzungsbefugnisse der Mitgliedsstaaten und der EU. Der Eigentumsschutz geht deutlich über nationale Verfassungen und Europarecht hinaus.

- **Die Rechte von nationalen und europäischen Parlamenten werden ausgehöhlt.**

Eine Expertenkommission mit Abgesandten beider Seiten soll umfassende Kompetenzen bei künftigen Gesetzesvorhaben oder Vertragsvorhaben bekommen und so kommt es zu einer Teilentmachtung des Parlaments.

- **Wichtige Standards zum Schutz von Verbrauchern und Arbeitnehmern, Gesundheit und Umwelt drohen abgesenkt zu werden.**

Es besteht die Gefahr, dass Regulierungen als Handelshemmisse und nicht als eigener Wert zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger betrachtet werden.

- **Der Verbraucherschutz ist in Gefahr.**

Die USA wollen unser Vorsorgeprinzip durch ihr System ersetzen, in dem Produkte oft erst dann verboten werden, wenn sie schon geschadet haben. Das könnte z.B. zu einer Zulassung von gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln und von Hormonfleisch sowie zu höheren Werten bei Pestizid-Rückständen führen.

- **Öffentliche Leistungen werden weiter privatisiert und der Gestaltungsspielraum der Kommunen verringert sich.**

Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge (z.B. Wasserversorgung, Krankenhäuser) soll zur Regel werden und ist danach auch nicht mehr rückgängig zu machen.

- **Kleinbäuerliche Strukturen werden bei uns und weltweit zerstört.**

Die Abkommen werden die großen und industriell betriebenen Agrarunternehmen stärken und existentielle Risiken für kleine und mittlere Betriebe bei uns in Europa, aber auch in den armen Ländern mit sich bringen. Kleinbäuerliche Strukturen sind ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Überwindung des Hungers in Entwicklungs- und Schwellenländer.

- **Menschenrechte und Demokratieförderung sind weniger wert als der Schutz der Investoren.**

Spezielle Klauseln zum Schutz von Menschenrechten und zur Förderung der Demokratie scheinen bisher nicht vorgesehen zu sein, dagegen soll der Schutz der Investoren durch die Einführung von Schiedsgerichten gewährleistet werden.

- **Entwicklungsländer zählen erneut zu den Verlierern im Welthandel.**

Entwicklungsländer sind von den Verhandlungsergebnissen durch den Verlust von Marktanteilen und Einkommen unmittelbar betroffen und sind dennoch nicht an den Verhandlungen beteiligt.

- **Die Folgen des Klimawandels werden verschärft.**

Klimapolitische Ziele sind in den Abkommen erst gar nicht vorgesehen und dabei sind schon heute die globalen Handelsströme für fast ein Viertel der weltweiten Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Unternehmen bekommen mit den Schiedsgerichten jetzt auch noch ein Instrument, mit dem sie z.B. gegen staatliche Maßnahmen zum Klimaschutz vorgehen können.

- **Die Verhandlungen sind seit ihrem Beginn intransparent und finden weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.**

Lange vor den eigentlichen Verhandlungen haben Industrievertreter mit den EU-Beauftragten sich auf Struktur und Inhalt der Abkommen verständigt, das offizielle Verhandlungsmandat war lange Zeit Verschlusssache und auch heute noch sind die Verhandlungsergebnisse selbst den Parlamentariern nur äußerst begrenzt zugänglich und dürfen nicht an die Öffentlichkeit weitergegeben werden.

- **Die Abkommen sind praktisch nicht veränderbar oder kündbar.**

Die Abkommen sind völkerrechtlich bindend und es müssen alle 28 Parlamente der EU einer Vertragsänderung oder Kündigung zustimmen.

Das alles zeigt: Bei CETA und TTIP geht es nicht nur um Wirtschaft, sondern um Grundfragen von Rechtsstaat und Demokratie, um Weichenstellungen für die Zukunft. Die geplanten Abkommen werden amerikanischen und europäischen Großunternehmen einen wachsenden Einfluss auf die Rechtsprechung, Gesetze und Gesetzesvorhaben ermöglichen. Der bisherigen Verhandlungsprozesse und die vorgesehenen Kompetenzübertragungen auf Unternehmen schränken demokratische Prinzipien ein und höhlen Rechte des europäischen und der nationalen Parlamente aus. Die Politik muss ungeschmälert die Hoheit behalten, welche Gesetze es zum Schutz von Mensch, Natur und Umwelt und zur Gestaltung der Lebensumstände seiner Bürger und Bürgerinnen beschließen will. In einem fairen und nachhaltigen Welthandelsabkommen müssen überdies die Interessen der armen Länder, Menschenrechte und Demokratieförderung, Klima- und Ressourcenschutz einen hohen Stellenwert bekommen. Entwicklungs- und Schwellenländer sind direkt an den Verhandlungen zu solchen Abkommen zu beteiligen.

CETA und TTIP gehen uns alle an. Wenden Sie sich unmittelbar an Abgeordnete des Europäischen Parlaments und des Bundestages oder auch an die Bürgermeister und Ratsmitglieder in ihrer Kommune und fordern Sie, den Abschluss CETA und TTIP zu verhindern. Unterstützen Sie lokale, aber auch bundesweite Aktionen wie z.B. die Stopp-TTIP Kampagne, die das Abkommen zu verhindern versucht.